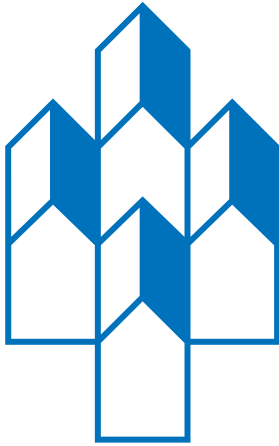




Bayerischer
Städtetag

Auf ein Neues!

Leitgedanken
zur Neukonstituierung
des Bayerischen Städtetags
am 8. und 9. Juli 2026
in Landshut



Beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2026 in Landshut konstituiert sich der Verband neu. Mit einem wiedergewählten Vorsitzenden, neuem Vorstand und frisch zusammengesetzten Ausschüssen und Arbeitskreisen startet der Bayerische Städtetag in die Kommunalwahlperiode 2026–2032.

Im März wurde in über 2000 bayerischen Kommunen ein Stadt- oder Gemeinderat gewählt. Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Stadträtinnen und Stadträte wurden neu- und wiedergewählt. Sie haben das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger für die nächsten sechs Jahre ausgesprochen bekommen. Nach der Neukonstituierung im Mai 2026 beginnt in allen bayerischen Kommunen die politische Arbeit.

Auf ein Neues ...

- betrifft das Miteinander der gewählten Mandatsträger in ihren Städten und Gemeinden. Eine neue Kommunalwahlperiode gibt neue Möglichkeiten, vor Ort das Miteinander zu gestalten. Das Leitmotiv meint das Miteinander in den Stadt- und Gemeindegesellschaften vor dem Hintergrund der allgemein beklagten Spaltung und Individualisierung.
- meint das Miteinander im Bayerischen Städtetag. Hier werden parteiübergreifend Entscheidungen zur Sachpolitik getroffen, gemeinsam Ideen entwickelt und umgesetzt.
- zielt auf das Miteinander mit der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag – die Hand des Bayerischen Städtetags für ein Miteinander bleibt ausgestreckt. Wir möchten wieder mehr zusammen Denken, zusammen Handeln und zusammen Verantworten.
- betrifft das gute Verhältnis zu den Geschwisterverbänden, dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Landkreistag und dem Bayerischen Bezirktetag. Gemeinsam setzen sich die Verbände intensiv für starke bayerische Kommunen ein.

Und „**Auf ein Neues!**“ ist auch das Leitmotiv in der Geschäftsstelle. Dabei steht der Dienstleistungsgedanke an oberster Stelle: nah dran sein an den Rathäusern und ansprechbar sein für alle Fragen der Mitglieder. Schnell und mit guter Qualität zu informieren, ist der Anspruch. Der Bayerische Städtetag pflegt einen intensiven Dialog im Vorstand, in den Fachausschüssen und Arbeitskreisen; Basis ist ein breites Netzwerk von Fachleuten aus der kommunalen Praxis. Der Bayerische Städtetag diskutiert kommunale Themen differenziert und stets mit der gebotenen fachlichen Tiefe.

Die Mandatsträger blicken zurück auf leidenschaftlich geführte Kommunalwahlkämpfe, auf konstruktive und kritische, teils hitzige Auseinandersetzungen mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit Mitbewerbern. Mit dem Wahltag findet der Wahlkampf ein Ende und es geht nun vor allem darum, in den Stadt- und Gemeinderäten wieder zusammenzukommen, ein Miteinander zu finden und in intensiven und konstruktiven Debatten gemeinsam die passenden Lösungen für die örtliche Gemeinschaft zu finden. Es ist Aufgabe der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, einen Kompromiss zu finden und die richtigen Töne zu treffen, um die vielfältige Bürgerschaft mit alten und jungen, armen und reichen, migrantischen und deutschstämmigen, mit Neubürgern und Alteingesessenen zusammenzuführen und zusammenzuhalten. Brüche in der Stadtgesellschaft müssen überwunden und Spaltungen im Alltag verhindert werden.

Den allgemeinen Kommunalwahlen wohnt die Chance des Aufbruchs und Neubeginns inne. Neue Ziele wurden in Wahlprogrammen gesetzt, neue Kraft und Energie

durch das von den Bürgerinnen und Bürgern ausgesprochene Vertrauen geschöpft. Die Ausgangsposition in den Kommunen ist gut:

Demokratie ist in der Gemeinde sichtbar, spürbar und erlernbar. Partizipation, Interessenausgleich und Transformationsprozesse vorantreiben, gehören zu den Kernkompetenzen der Städte und Gemeinden.

(aus „Zusammen Denken – Zusammen Handeln – Zusammen Verantworten: Städte und Gemeinden als Partner des Bundes und des Freistaats“, Diskussionspapier zum BAYERISCHEN STÄDTETAG 2025 in Würzburg)

Doch die Rahmenbedingungen sind schwierig:

Stockendes Wirtschaftswachstum und unnötige Bürokratie

Eine stabile Wirtschaft ist eine unersetzbare Basis für staatliches und kommunales Handeln. Die Wertschöpfung findet in den Unternehmen statt, vom Kleinbetrieb im Mittelstand bis zum Weltkonzern, von den Handwerksbetrieben in den Hinterhöfen der Städte und in den Gewerbegebieten, über die Handelstreibenden und den Gastronomen in den Stadtkernen bis zur Schwerindustrie, von hoch innovativen Start-ups zu High-Tech-Unternehmen. Erst diese Wertschöpfung ermöglicht staatliches und kommunales Handeln, sichert Arbeitsplätze und generiert Steuereinnahmen zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur.

Alle staatlichen und kommunalen Ebenen sind angehalten, der Wirtschaft Rahmenbedingungen zu schaffen und zu erhalten, damit diese Wertschöpfung stattfindet und die Wirtschaft ihre Innovationskraft entfalten kann. Die Aufgaben von Bund und Ländern liegen hier vor allem im Steuerrecht, bei den Arbeitskosten und auf dem Energiesektor. Die Kommunen stehen vor Ort in einem engen Bund mit der örtlichen Wirtschaft und kümmern sich um die Bedürfnisse vor Ort. Unternehmen brauchen passgenaue Lösungen, die von den Städten und Gemeinden im Rahmen einer vorausschauenden Grundstückspolitik, ausgewogenen Bauleitplanung und mit einer intakten Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt werden. Ein weiterer zentraler Hebel ist die Entlastung der Wirtschaft und der Kommunen von unnötiger Bürokratie. Hier braucht es deutlich mehr Mut. Gute Ideen müssen eine Chance erhalten und dürfen nicht durch staatliche Bedenken eingeengt werden. Digitalisierung muss als Werkzeug zur Effizienzsteigerung und Bürgernähe genutzt werden.

Die Städte und Gemeinden, ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Stadträtinnen und Stadträte wollen den engen Austausch mit der Wirtschaft festigen, neu beleben und etablieren, um gemeinsam neue Wege zu beschreiten und den Wirtschaftsstandort zu festigen.

Schwierige Integration und Wohnungsmangel im Inneren und wachsende Bedrohung von außen

Internationale Konflikte, ein anhaltender Krieg in Europa und kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten eskalieren. Deutschland ist vermehrt hybriden Angriffen und Aggressionen ausgesetzt. Diese massive Bedro-

hung von außen setzt sich in der Gesellschaft fort und führt dort zu Spannungen, die ein harmonisches und gemeinschaftliches Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden gefährdet. Städte und Gemeinden sind die Kraftzentren der Integrationsarbeit. Sie bilden die Grundlagen des Staates und des demokratischen Lebens. Scheitert der Zusammenhalt in unseren Kommunen, ist ein friedvolles Zusammenleben in Bayern und in Deutschland nicht möglich. Jede politische Ebene ist aufgerufen, auch nach hitzigen Wahlkämpfen wieder die gemeinsamen Stärken zu bemühen und das Vertrauen in die Demokratie zu untermauern.

Fundament der Integration zugewanderter Menschen in die örtliche Gemeinschaft sind gemeinsame Werte und Identifikation, bei gleichzeitiger Offenheit gegenüber neuen Einflüssen. Integration ist nie Einbahnstraße. Sie verlangt von allen Seiten Vieles ab. Sie funktioniert nicht im Vorbeigehen und nicht unbegrenzt.

Das Sozialgefüge der Städte und Gemeinden ist der Ort für Integration. Es darf nicht überlastet werden. Viele Kommunen stießen seit 2015 zunehmend an ihre finanziellen, personellen und gesellschaftlichen Grenzen. Dies gilt beispielsweise bei der Bereitstellung von Wohnraum, Betreuungsangeboten und sonstigen Sozialleistungen. Dennoch konnte viel erreicht werden.

Auch die neu gewählten Mandatsträger werden diese Herausforderungen begleiten. Dabei ist der Wohnungsbau seit den 2020er-Jahren angespannt oder ganz zum Erliegen gekommen. Die Städte und Gemeinden werden die neu geschaffenen Flexibilisierungs- und Beschleunigungsinstrumente im Bauplanungsrecht

nach den Bedürfnissen vor Ort nutzen, um die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum zu fördern. Daneben braucht es aber dringend mehr Anstrengungen beim geförderten Wohnungsbau. Die Mittel für den geförderten Wohnungsbau waren in den letzten Jahren wiederholt vergriffen oder werden in Paketen und Jahresbauprogrammen zu knapp dosiert. Dazu wurden die Förderbedingungen ständig verändert. Die Wohnungsbauförderung muss weiter intensiviert werden. Kommunen, kommunale Unternehmen und Genossenschaften brauchen Planbarkeit. Der private Wohnungsbau muss wieder angekurbelt werden. Erst dann ist wieder der dringend notwendige Raum in der bayerischen Wohnraumförderung für die unerlässliche Unterstützung der Städte und Gemeinden und ihrer kommunalen Wohnungsunternehmen.

Kommunale Finanzkrise beschränkt Handlungsspielräume

All diese politischen Notwendigkeiten auf vielen Handlungsfeldern stoßen auf eine prekäre Finanzlage. Die Kommunen befinden sich unverschuldet in einer bedrohlichen Finanzkrise. Die Defizite in den Jahren 2024 und 2025 erreichten Rekordniveau. Vor allem die hohe Dynamik bei den Ausgaben für Personal und Soziales haben die Haushalte der bayerischen Städte und Gemeinden in eine strukturelle Schieflage manövriert. Deshalb konnten die Investitionen zuletzt nur noch durch einen starken Anstieg der Schulden hochgehalten werden. Dieser Weg kann aber auf Dauer nicht durchgehalten werden. Mehr denn je braucht es leistungsfähige Städte und Gemeinden: Gesellschaftliche, demografische und klimatische Entwicklungen werden

in den Städten und Gemeinden spürbar. Die Transformation erfolgt in den Kommunen. Beispiele sind Klimaschutz und Klimaanpassung, Hochwasserschutz, Hitzeschutz, Bildung und Integration, neue Mobilitätsformen, Energie- oder Wärmeversorgung. Ein wesentlicher Teil der Lösung liegt in den Städten und Gemeinden. Eine auskömmliche Finanzausstattung ist Voraussetzung für die kommunale Aufgabenerfüllung.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können nur bei einer grundständigen Finanzausstattung und mit ausreichend finanziellen Handlungsspielräumen mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Aufgabe von Bund und Freistaat ist es, den Kommunen mit den neu gewählten Mandatsträgern Rückhalt, Zuversicht und Planungssicherheit zu geben, damit diese die Herausforderungen mit dem notwendigen Rückenwind auch tatsächlich in der Praxis bewältigen können. Dazu braucht es vor allem eine konsequente Beachtung der Konnexität („Wer anschafft, bezahlt!“). Aufgaben, die den Kommunen von Bund und Ländern übertragen werden, müssen fair und nachhaltig durchfinanziert sein. Standards müssen konsequent hinterfragt werden. Außerdem benötigen die Städte und Gemeinden einen höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern und müssen auf einen starken kommunalen Finanzausgleich vertrauen können, der gerade in finanziellen Schieflagen mit staatlichen Haushaltsmitteln die kommunalen Haushalte stützt.



www.bay-staedtetag.de